

engere Verbindung zwischen religiösem Bekenntnis und wissenschaftlicher Weltanschauung zu suchen: „Derartige Versuche gestalten sich heute unvergleichlich schwieriger und komplizierter als früher.“ Dennoch dürfte hier eine der wichtigsten Herausforderungen für Verständnis und wissenschaftliche Reflexion des christlichen Glaubens heute und in den kommenden Jahren liegen, gerade auch beim Thema Evolution. ru

Konsens gesucht

Die EKD-Synode tagte auf Borkum

Von einem „geistlichen Defizit“ der Kirche sprach Landesbischof *Klaus Engelhardt* in seinem Bericht als EKD-Ratsvorsitzender zu Beginn der diesjährigen Synodaltagung vom 3. bis 7. November auf der Nordseeinsel Borkum, von theologischer Anspruchslosigkeit beim Hören auf die Bibel und von der Gefahr, daß Kirche so zur „belanglosen Kirche“ werde. Überhaupt war dem Ratsbericht bei der letzten Tagung der 8. Synode der EKD das Bemühen anzumerken, die vielen Aktivitäten und Tätigkeitsfelder der evangelischen Kirchen in Deutschland auf die Mitte und den Kern des kirchlichen Auftrags hin zu bündeln. Engelhardt stellte seinen Bericht unter das biblische Leitwort Erbarmen und setzte mit dem „Gebet um Erbarmen“ ein: „Wie ist es um das Gebet, dieses höchste Amt, in unserer evangelischen Kirche bestellt? Haben wir nicht das Gebet zu einer dem strengen, dem theologischen Nachdenken entzogenen Beigabe von persönlicher und kirchlicher Frömmigkeit gemacht?“

Die diesjährige Synodaltagung hatte als letzte dieser Legislaturperiode kein eigenes Schwerpunktthema. Es kamen aber etliche Themen zur Sprache, die im deutschen Protestantismus seit Jahr und Tag für Diskussionsstoff sorgen bzw. an denen sich die Geister schei-

den: Die Synode hatte sich beispielsweise mit einem Zwischenbericht des Rates zur „Förderung theologischer Frauenforschung“ zu befassen, zu dem ein kritisches Minderheitsvotum vorlag. Die kontroverse Debatte auf Borkum über Recht und Grenzen *feministischer Theologie* und ihren Platz im theologischen Wissenschaftsbetrieb mündete in einen salomonischen Beschluß ohne klare Festlegungen.

Streitpunkt war auch einmal mehr die Haltung der evangelischen Kirche zum Thema *Homosexualität*. Bischof Engelhardt hatte hier in seinem Bericht die Wogen zu glätten versucht und die Bedeutung der vom Rat im Frühjahr vorgelegten Orientierungshilfe „Mit Spannungen leben“ unterstrichen (vgl. HK, April 1996, 170 ff.): Der Text leistete den wichtigen Dienst, die Diskussion über Homosexualität in der Kirche entkrampfter zu führen, „damit Zeit und Kräfte, die wir für andere Aufgaben dringend brauchen, nicht mit unverhältnismäßig hohem Konfliktpotential, ja mit Aggressivität gebunden werden“. Man müsse in diesem Konflikt in der Kirche barmherziger miteinander umgehen.

Für einen ungeplanten Eklat sorgte bei der Synodaltagung ein in aller Eile für diesen Termin fertiggestelltes Magazin, das zur Werbung für die in einigen Kirchenkreisen schon angelaufene Aktion „Brücken bauen“ zur Stärkung der Kirchenmitgliedschaft dienen sollte. Vor allem ein Interview mit dem „Fernsehpfarrer“ *Jürgen Fliege* mit einer abschätzigen Bemerkung über die „Engelhardt-Kirche“ erregte Mißfallen, so daß das schon gedruckte Magazin jetzt eingestampft wird.

Die Aktion „Brücken bauen“ soll Menschen den Nutzen einer Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche bewußt machen, Anstöße zu einer bewußteren Orientierung des kirchlichen Angebots an den Interessen und Bedürfnissen der Menschen geben, die Kommunikationsfähigkeit der kirchlichen Mitarbeiter stärken und schließlich Spuren des Glaubens entdecken helfen. Mit der von der Synode so massiv kritisierten Broschüre wurde nicht das gesamte Projekt gestoppt. Die Dis-

kussion darüber, mit welchen Mitteln die evangelische Kirche für sich und ihre Sache werben soll, hat durch den Vorfall jedenfalls neue Nahrung erhalten.

Bischof Engelhardt stellte an den Schluß seines Ratsberichts die Aussage, die reformatorische Freiheit eines Christenmenschen verbinde persönliche Glaubensüberzeugung und die Suche nach dem tragenden Konsens: „Das ist für die evangelische Kirche eine bleibende Aufgabe – erst recht im geeinten Deutschland.“ Dieser Aufgabe wird sich vom kommenden Jahr an eine neue Synode der EKD und auch ein neuer Rat zu widmen haben. Schon jetzt ist abzusehen, daß der im November 1997 zu bestimmende Rat fast nur neue Gesichter aufweisen wird. Für den Ratsvorsitz sind nach wie vor der Berlin-Brandenburgische Bischof *Wolfgang Huber* wie der Hannoveraner Bischof *Horst Hirschler* im Gespräch. Aber gewählt wird erst in einem Jahr. ru

Störend

Beim Umgang mit Bettlern gibt es keinen Königsweg

Vielleicht muß es einfach Themen geben, über die nicht emotionslos und nüchtern debattiert werden kann; Themen, die keinen ganz unberührt lassen, die aber gerade deshalb so emotional belastet sind, weil für sie vor allem wirklich befriedigende Lösungen nicht zur Verfügung stehen. Der Umgang mit der Bettelei in deutschen Großstädten gehört sicherlich auf die Liste solcher Themen.

Den jüngsten Beweis lieferte eine heftige Auseinandersetzung, die im Hamburger Senat ausgetragen wurde, sogleich aber auch in der gesamten deutschen Medienlandschaft kräftigen Widerhall fand. Stein des Anstoßes war ein vom Innensenator verantworteter Entwurf einer Senatsdrucksache zu

„Maßnahmen gegen die Unwirtlichkeit der Stadt“, in dem es um ein städtisches Einschreiten gegen Vandalismus, gegen das massierte Auftreten von Alkohol- und Drogensüchtigen an bestimmten Stellen der Stadt, um Müll und Hundekot aber eben auch um die in der Hansestadt überhandnehmende „aggressive Bettelei“ ging. Der Entwurf war ziemlich schnell vom Tisch. Zunächst aber war vor allem versucht worden, nicht alles, was die Stadt so „unwirtlich“ macht, über einen Kamm zu scheren.

Versuche und mehr oder minder erfolgreiche Vorstöße, des Problems der Bettelei Herr zu werden, gibt es keineswegs nur in Hamburg, ebensowenig wie die darüber entstehenden heftigen Debatten in Gemeinderatssitzungen und auf Leserbriefseiten. Erst recht handelt es sich um kein neues Problem, verschärft hat es sich allerdings. Mit der allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Großwetterlage in Deutschland hat auch die Zahl von Bettelnden in den Innenstädten zugenommen.

In einer anlässlich der Hamburger „Unwirtlichkeits“-Debatte von der in dieser Stadt beheimateten Zeitung „Die Woche“ in Auftrag gegebenen Umfrage haben 82 Prozent der befragten Deutschen Platzverweise gegen Bettler in Fußgängerzonen und auf Bahnhöfen abgelehnt. Nur 17 Prozent bestätigten, sie fühlten sich durch Bettler und Obdachlose belästigt, 81 Prozent haben dies verneint. Unabhängig von der Frage, wie repräsentativ diese Ergebnisse sind, und auch in Rechnung gestellt, daß bei den Antworten sicher auch die innere Stimme eines vielleicht etwas befangenen Gewissens mitgesprochen hat, ein interessantes Stimmungsbild zeigt die Umfrage sicherlich. Handeln die um „Wirtlichkeit“, Reputation und properes, sicheres, einladendes Ambiente besorgten Stadtväter und -mütter in falschem voraus-eilenden Gehorsam gegenüber der nur angenommenen genervten Volkseele, wenn sie die Bettelei zumindest an den zentralen Orten der Innenstädte unterbinden wollen? Oder handeln sie nur mit Mandat der Inhaber von Boutiquen, Juweliergeschäften

und Feinkostläden, die sich ihre konsumfreudigen Kunden nicht durch mit Bierdose und Zwei-Liter-Rotweinflasche bewehrte schnorrende Penner oder Punker abschrecken lassen wollen?

Sollten es nur 17 Prozent sein, die bestimmte Stellen in der Stadt zu umgehen suchen, weil das „Haste mal ne Mark“ von mindestens drei oder vier buntscheckigen Jugendlichen mit großen schwarzen Hunden unausweichlich ist? Empfinden es wirklich 81 Prozent nicht als belästigend und störend, in U-, S-, oder Straßenbahn der hingestreckten Hand nicht entgegen zu können, den Restaurant-, Kino- und erst recht den Gottesdienstbesuch durch den bettelnden Obdachlosen mit dem offenen Bein an der Tür auf einmal so erschwert, so verdorben zu bekommen? Es wird ja niemand bestreiten wollen, daß sich der „Bettelstil“ verändert hat: der Typ, der mit gesenktem Kopf verschämt in der dunklen Ecke hinter Pappbecher oder schmuddliger Mütze kauert und an dem man – gebend oder nicht – mit geschäftiger Eile so schnell vorbeikom, ist nicht mehr der Regelfall.

Es ist noch nicht problematisch, dies alles als „lästig“, als belästigend, gar als beängstigend, vor allem aber im Vollsinne des Wortes als störend im ganz normalen Alltagsablauf zu empfinden. Zumal das schlechte Gewissen ob solcher Gefühle von verschiedener Seite entlastet wird. In einem Land, in dem es ein Recht auf Sozialhilfe gibt, braucht schließlich niemand zu betteln. Und mahnen nicht gar die Sozial-Profis selbst, wer mit auch noch so hehren Absichten die Bettelei unterstütze, verhalte sich kontraproduktiv zu den Reintegrationsbemühungen der doch vorhandenen zahlreichen Hilfseinrichtungen für Obdachlose oder orientierungs- und bindungslose Jugendliche. Wer jedem Bettler unreflektiert und unterschiedslos etwas gibt, macht es sich doch auch zu leicht: „Verdient“ der Profischnorrer das gleiche wie der Notleidende, der auf die „Mark“ wirklich angewiesen ist? Leistet die vermeintlich gute Tat nicht oft doch nur dem Alkoholmißbrauch oder anderen

Drogensüchtigen Vorschub? Die „wirklich“ Armen, auch das haben viele durch die Medien verbreitete Umfragen gezeigt, bleiben doch ohnehin immer noch hinter ihrer selbst viel zu hoch gezogenen Schamgrenze verborgen; die, die sich zum Betteln auf die Straße trauen, sind womöglich gar nicht die Bedürftigsten.

Ein Teufelskreis der Gefühle entsteht, ist doch dieses Abwägen und Prüfen der „Anrechte“ und „Berechtigung“ des mir gegenüber stehenden Bettlers ein ziemlich entwürdigendes Unterfangen. In jedem Fall aber wächst die Versuchung, das Problem an die geschulten und studierten Mitarbeiter von Caritas und anderer Wohlfahrtsverbänden, an professionelle Hilfseinrichtungen zu delegieren.

Nur, von diesen erfahren wir auch, wie kurz unter bestimmten Umständen nach Trennung, Scheidung, Arbeits- und Wohnungsverlust der Weg auf die Straße ist und wie lang der zurück; wie relativ teuer ein Leben auf der Straße ist, so daß auch die Sozialhilfe einfach nicht reichen will; wie hoch die Hemmschwellen sind, institutionelle Hilfe anzunehmen; wieviel Disziplin, Überwindung und Wille Reintegrationsmaßnahmen von den Betroffenen verlangen, die diese aus bestimmten psychosozialen Konstellationen kaum aufbringen können.

Wenn sich 82 Prozent der zur Bettelei in Innenstädten Befragten gegen die Entfernung nicht des Problems, sondern der Problembeladenen selbst aussprechen, werden sie wahrscheinlich all diese Gefühle und Einwände im Hinterkopf gehabt haben. Als belastend und störend können auch die die Konfrontation mit materiellem, sozialem oder psychischem Elend empfinden, die gegen verdrängende „Maßnahmen“ im Namen der Wirtlichkeit der Städte sind. In deren Verwaltungen aber sollte man genau prüfen, ob man nicht erst recht sozialen Sprengstoff anhäuft, wenn mit Hilfe ordnungsrechtlicher Maßnahmen die Innenstädte zu illusionären, den Glücklichen, Zufriedenen und „Normalen“ gehörenden Konsum- und Erlebniswelten umgestaltet werden. fo